



## Die Reform der beruflichen Bildung in Thailand

SIRIPAN CHOOMNOOM

► **Die Reform der beruflichen Bildung in Thailand wurde 2003 nach einer Umstrukturierung des Bildungsministeriums eingeleitet. Im Jahr 2008 trat das erste Berufsbildungsgesetz in Kraft und wurde zum Motor für den Wandel der Berufsbildung im Land. Der Beitrag zeichnet die Reformstrategie der vergangenen Jahre nach und benennt Meilensteine auf dem Weg zur Stärkung der beruflichen Bildung in Thailand.**

### Die Reformpolitik: Motor des Wandels

Nach dem ersten Gesetz über das Bildungswesen im Jahr 1999 erfolgten im thailändischen Bildungssystem wesentliche Veränderungen. So gibt es seither für Kinder und Jugendliche ein zwölf Jahre umfassendes Schulsystem mit neun Pflichtschuljahren. Zudem wurde das Bildungsministerium umstrukturiert. Zuständig für die berufliche Bildung ist seither das Büro des Nationalen Berufsbildungsausschusses (Office of Vocational Education Commission – OVEC) im Bildungsministerium. Es ist nicht nur für die 404 öffentlichen berufsbildenden Schulen im ganzen Land zuständig, sondern auch für die politische Steuerung, die Entwicklung von Standards sowie die Evaluierung und das Monitoring aller Berufsbildungsangebote, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen bereitgestellt werden. Die wichtigsten Reformen betrafen die Dezentralisierung, die Festlegung von Standards, die Flexibilisierung sowie die Gründung von Partnerschaften und Netzwerken.

#### DEZENTRALISIERUNG

Der Nationale Berufsbildungsausschuss trifft Entscheidungen über nationale politische Strategien und Pläne und legt Standards fest; er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen und privaten Sektors. Auch auf der Ebene der berufsbildenden Schulen sind Wirtschaftsvertreter/-innen in die Arbeit der geschäftsführenden und beratenden Gremien eingebunden. Die betreffenden Stellen oder Schulen haben Entscheidungsbefugnisse in Haushalts- und Ausbildungsfragen. Auch die Personalplanung obliegt den Schuldirektoren, mit Ausnahme der Festanstellung von Arbeitskräften. Im Rahmen des nationalen Regelwerks ist die Entwicklung neuer, regionaler Curricula zulässig. Künftig sollen weitere Aufgaben an die berufsbildenden Schulen delegiert werden, damit deren Personal effizienter arbeiten kann.

#### DIE FESTLEGUNG VON STANDARDS

Im Reformprozess wurden nationale Berufsbildungsstandards entwickelt, die zu Benchmarks für die interne und externe Qualitätskontrolle werden sollen. Die für jedes berufliche Bildungsniveau erforderlichen Standards wurden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen entwickelt. Zum Abschluss eines Ausbildungsniveaus müssen Auszubildende im Rahmen einer Prüfung nachweisen, dass sie die entsprechenden Anforderungen erfüllen und über die entsprechenden Fertigkeiten und Kompetenzen verfügen. Außerdem wurden Standards für Lehr- und Verwaltungspersonal an berufsbildenden Schulen entwickelt, um die Qualität der Berufsbildung zu gewährleisten.

#### FLEXIBILISIERUNG

In der Vergangenheit bestand die berufliche Bildung vorwiegend aus normierten Ausbildungsgängen im Sekundar- und Postsekundarbereich; die Curricula waren formalisiert, und der Unterricht wurde zu festen Zeiten abgehalten. Verschiedene Stellen, darunter auch Berufsbildungseinrichtungen, boten differenzierte Ausbildungsmaßnahmen an, die jedoch nicht zu einem höheren beruflichen Bildungsabschluss führten. Durch die Reform wurde die Berufsbildung flexibler: Lernen findet nicht mehr nur im Klassenzimmer oder in der Lehrwerkstatt statt. Das Lernen am Arbeitsplatz hat sowohl in der Privatwirtschaft als auch bei öffentlichen Arbeitgebern an Bedeutung gewonnen. Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden werden flexible berufliche Bildungsgänge angeboten. Entwickelt wurden kurze Programme, die einen Übergang in formale Berufsbildungsgänge ermöglichen. Zudem wurde für Personen, die sich im Erwerbsleben Fertigkeiten und Kenntnisse angeeignet haben, die Möglichkeit zur Validierung von Berufserfahrung geschaffen und ein Programm zur Anrechnung von Leistungspunkten eingeführt. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Berufsgruppen wurde ausgebaut, um die Qualität der Ausbildung zu verbessern und die Übergänge von der Ausbildung in Beschäftigung zu erleichtern.

### PARTNERSCHAFT UND VERNETZUNG

Alle berufsbildenden Schulen müssen Branchenvertreter/-innen und lokale Behörden in die Planung von Strategien, Leitlinien und Curricula einbinden. Partnerschaften mit Unternehmen wurden erheblich ausgebaut. Um die Attraktivität der Berufsbildung zu erhöhen, wurde besonderer Wert gelegt auf

- das Lernen am Arbeitsplatz,
- die Möglichkeit, während der Ausbildung den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen,
- die Eröffnung von Beschäftigungschancen sowie
- die Förderung des Übergangs in weiterführende Ausbildungsgänge.

Hauptziele der Partnerschaften und der Vernetzung sind nicht nur die Vermittlung von Ausbildungsplätzen oder die Steuerung des Arbeitskräfteangebots, sondern auch die Ermittlung der Qualifikationsbedarfe der Unternehmen. Am weitesten entwickelt sind die Partnerschaften und die Vernetzung zur Zeit in folgenden Branchen: Petrochemie, Schmuckfertigung, Textil- und Bekleidungsherstellung, Automobilindustrie, Tourismus, Gastgewerbe und Nahrungsmittelherstellung. Mit Hilfe dieses Partnerschaftensystems werden Lehrerausbildung, Curriculumentwicklung und die kompetenzbasierte Ausbildung organisiert und umgesetzt.

## Das Berufsbildungsgesetz

Das erste Berufsbildungsgesetz trat Anfang 2008 in Kraft. Das Gesetz sieht im Wesentlichen drei „große Veränderungen“ in der beruflichen Bildung vor, die folgende Bereiche betreffen: Unterricht und Lernen, Verwaltung und die Rolle der Unternehmen.

### UNTERRICHT UND LERNEN

Gemäß Berufsbildungsgesetz von 2008 soll berufliche Bildung durch vollzeitschulische und duale Ausbildungsgänge sowie durch nicht formales Lernen erfolgen. Diese drei Modelle können miteinander verknüpft werden. Die duale Ausrichtung soll jedoch fester Bestandteil des Unterrichtens und Lernens in der beruflichen Bildung sein. Mit anderen Worten, die praktische Ausbildung soll das Lernen in realen Arbeitssituationen beinhalten und dabei die von der Wirtschaft festgelegten Standards berücksichtigen.

### VERWALTUNG

Es gibt 404 berufsbildende Schulen, die der Aufsicht des Büros des Nationalen Berufsbildungsausschusses unterstellt sind. Die Schulen sind voneinander unabhängig und unterstehen direkt der zentralen Verwaltungsebene. Geplant ist, durch Zusammenlegung jeweils mehrerer Schulen Multi-Campus-Berufsbildungseinrichtungen zu schaffen. Nach Vorgabe des Gesetzes kann das Büro des Nationalen Berufs-

bildungsausschusses Befugnisse und Zuständigkeiten an diese Multi-Campus-Einrichtungen delegieren. Außerdem sind diese Einrichtungen berechtigt, sowohl praktische als auch fachtheoretische Ausbildungsgänge mit qualifiziertem Abschluss anzubieten. Zentrale Aufgabe der Multi-Campus-Einrichtungen soll es sein, die Qualität der beruflichen Bildung zu sichern und Ressourcen flexibel einzusetzen. So soll vermieden werden, dass manche Ausbildungsgänge in angrenzenden Regionen doppelt angeboten werden. Einrichtungen, so der Anspruch des Gesetzes, sollen unabhängiger werden, um so den lokalen Bedarfen besser gerecht zu werden. Die Zusammenlegung berufsbildender Schulen zu Multi-Campus-Einrichtungen erfolgt für gleiche oder ähnliche Berufsfelder nach geografischen Regionen. Dabei werden der Bedarf und das Engagement der Partner und Unternehmen berücksichtigt. Auch für das Lehr- und Verwaltungspersonal ergeben sich bessere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zum Wissens- und Erfahrungsaustausch.

### DIE ROLLE DER UNTERNEHMEN

Das Gesetz sieht vor, dass Unternehmen in Kooperation mit den berufsbildenden Schulen berufliche Ausbildungsgänge anbieten können. Daher muss der Berufsbildungsausschuss Standards und Richtlinien für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schulen entwickeln. Gleichzeitig müssen Anreize für die Beteiligung der Unternehmen geschaffen werden. Betriebliche Ausbilder müssen laut Berufsbildungsgesetz berufsfachliche, methodische und pädagogische Anforderungen erfüllen. Sie sind der wichtigste Faktor für den Erfolg der Auszubildenden. Die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft stellt eine Herausforderung für die berufsbildenden Schulen dar.

## Fazit und Ausblick

Der wichtigste Aspekt der Reformstrategie ist die jeweils neue Rolle des öffentlichen und des privaten Sektors. Im Hinblick auf den öffentlichen Sektor soll sich das Büro des Nationalen Berufsbildungsausschusses auf die Entwicklung politischer Strategien, Standards und eines Qualitätssicherungssystems konzentrieren. Die Kooperation und Koordinierung aller Interessengruppen, und hier insbesondere der Wirtschaftsverbände und Berufsgruppen, sind dabei ein Hauptanliegen. Der private Sektor soll stärker eingebunden werden und Mitverantwortung für die berufliche Bildung übernehmen. Die duale Berufsbildung, bei der sich die Abteilung des Berufsbildungsausschusses am deutschen Modell orientiert hat, soll, wie im Gesetz vorgesehen, in das thailändische Bildungssystem integriert werden und muss rasch ausgebaut und an die Gegebenheiten in der thailändischen Gesellschaft angepasst werden. Was die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft betrifft, so haben wir noch viel von Deutschland zu lernen. ■